

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der gemeinsamen öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten sowie des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 21.12.2006**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 17:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend sind:**

### **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

Kupke, Wolfgang	CDU
Misch, Werner	CDU
Schiller, Hans-Jürgen	Die Linkspartei. PDS
Schlüter-Gerboth, Frigga	Die Linkspartei. PDS
Yousif, Mohamed Dr.	Die Linkspartei. PDS
Zeidler, Michael	SPD
Wolff, Sabine	NEUES FORUM
Wehrich, Dietmar	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maluch, Heinz	GRAUE
Fiedler, Christian Dr.	SKE
Krischok, Marion	SKE
Wünsch, Thomas	SKE
Anton, Christian	SKE
Nowottny, Andreas	SKE

### **Verwaltung:**

Doege, Eberhard  
Beitz, Gudrun  
Fehse, Regina  
List, Joachim

### **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

Kupke, Wolfgang	CDU
Godenrath, Thomas	CDU
Bartsch, Erwin Dr.	Die Linkspartei. PDS
Haupt, Ute	Die Linkspartei. PDS
Yousif, Mohamed Dr.	Die Linkspartei. PDS
Haupt, Hanna	SPD
Wolff, Sabine	NEUES FORUM
Ilse, Thea	WIR. FÜR HALLE.
Stark, Regine Dr.	WIR. FÜR HALLE
Czock, Manfred	SKE
Krause, Hans-Jürgen	SKE
Runde, Annerose	SKE
Tomczyk-Radij, Petra	SKE
Piechotta, Peter Dr.	DPWV

### **Verwaltung:**

Szabados, Dagmar  
Schneller, Hans-Günter  
Frau Faßhauser (50.01)  
Frau Winter (50.01)

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

Klaus, Oliver Christoph	CDU	vertreten durch Herrn Thomas Godenrath
Fikentscher, Rüdiger Dr.	SPD	vertreten durch Frau Hanna Haupt
Vent, Dorothea Prof.	MitBürger	
Rürup, Carl-Ernst Dr.	SKE	
Sacher, Lutz	SKE	

### **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

Heinrich, Holger Dr.	CDU	
Brockmann, Justus Dr.	SPD	vertreten durch Herrn Michael Zeidler
Schuster, Manfred	WG-VS 90 e. V. Halle	
Grasse, Frank-Detlef	SKE	
Hunger, Anja	SKE	
Pähle, Katja	SKE	
Dr. Fiedler	Seniorenvertretung Halle e.V.	

### **Gäste:**

Frau Herrmann	Leiterin des FB 23
Herr Dr. Wilhelms	Leiter des FB 53
Frau Foerster	Ressortleiterin Bauaufsicht im FB 63
Frau Kaap	Vertreterin der Mobilfunkbetreiber
Herr Hegner	FB 31, Untere Immissionschutzbehörde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Informationen
- 3.1. Aktuelle Berichterstattung zum Thema „Mobilfunk“

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Protokoll:**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Protokoll:**

Der nachfolgenden Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Informationen
- 3.1. Aktuelle Berichterstattung zum Thema „Mobilfunk“

## **zu 3 Informationen**

### **zu 3.1 Aktuelle Berichterstattung zum Thema „Mobilfunk“**

---

### **Protokoll:**

**Herr Wehrich** stellte die von der Verwaltung eingeladenen Gäste vor. Des Weiteren begrüßte er ein neues Ausschussmitglied, den sachkundigen Einwohner Herrn Christian Anton.

Einleitend berichtete **Herr List** aus der Sicht des FB 31 und teilte u. a. mit, dass es zurzeit ca. 220 Standorte von Mobilfunkantennen gäbe, die aktuell in das Informationssystem der Stadt eingepflegt seien. Im Zeitraum 2005 zu 2006 habe es etwa fünf Änderungen gegeben. Beschwerden im Fachbereich über Mobilfunk habe es nicht gegeben, lediglich drei Anfragen.

Die Standorte für die Messungen seien mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt abgestimmt. Diese seien über das Internet ab 2007 einsehbar.

**Herr Dr. Wilhelms** berichtete u. a., dass die WHO-Studie abgeschlossen sei. Es gäbe Hinweise darauf, dass es zu den bisherigen Aussagen keine Abweichung gäbe. Seit Juni 2006 existiere beim Bundesamt für Strahlenschutz eine Kommission, die bis Ende 2007 die Ergebnisse des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms auswerten und erörtern werde. Die Frage von **Herrn Wehrich**, ob es neue Erkenntnisse zu den Grenzwerten gäbe, verneinte **Herr Dr. Wilhelms**.

In seinen ergänzenden Ausführungen ging **Herr Doege** auf Veröffentlichungen im Internet ein und bezog sich insbesondere auf die Drucksache Nr. 16/1791 vom 06.06.06 des Deutschen Bundestages (Deckblatt der Drucksache wird dem Protokoll als Anlage beigelegt).

Des Weiteren lägen Ergebnisse über eine bundesweite repräsentative Umfrage im Jahr 2005 zur Wahrnehmung des Mobilfunks vor. Insgesamt zeichnen sich die Befragungsergebnisse durch eine hohe Konstanz gegenüber den Ergebnissen der beiden Befragungen 2003 und 2004 aus. Der starke Zuwachs in der Handynutzung, der in den beiden letzten Jahren zu verzeichnen war, stagniere. Der Anteil der Personen, der sich im Hinblick auf hochfrequente elektromagnetische Felder des Mobilfunks Sorge, betrage 30 % und derer, die eine gesundheitliche Beeinträchtigung beschreiben, liege bei 10 %. Hier seien die Angaben gegenüber 2004 unverändert. Auch der Vergleich der Wahrnehmung gesundheitlicher Risiken durch mobilfunkrelevante Strahlungsquellen mit anderen möglichen gesundheitlichen Risikofaktoren zeige, dass sich die Bevölkerung deutlich weniger Sorgen um die mit dem Mobilfunk bzw. elektromagnetischen Feldern verbundenen Aspekte mache als z. B. um Luftverschmutzung, dem Verzehr von Fleisch unbekannter Herkunft, gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass es einen Unterschied gäbe zwischen der gefühlten und der tatsächlichen Beeinträchtigung. Daher empfahl sie, eine Information an die Bevölkerung zu geben. Ihrer Meinung nach reiche eine jährliche Berichterstattung in den beiden Ausschüssen nicht aus.

**Herr Wehrich** bezog sich auf den Antrag seiner Fraktion bezüglich der Einrichtung eines Runden Tisches. Dies wurde abgelehnt.

**Frau Szabados** hält dies für problematisch und empfahl eine Veröffentlichung im Amtsblatt.

Zu der damit im Zusammenhang stehenden Öffentlichkeitsarbeit äußerten sich **Herr Wehrich, Frau Szabados, Herr Schiller, Herr Dr. Fiedler, Herr Doege, Herr Nowotny, Frau Hanna Haupt**. Dabei gingen die Meinungen insoweit auseinander, dass einerseits eine jährliche gemeinsame Berichterstattung in den beiden Ausschüssen ausreiche und andererseits sowohl eine Veröffentlichung im Amtsblatt als auch eine öffentliche Bürgerinformation stattfinden solle.

**Frau Herrmann** informierte über vier Mobilstandorte, die auf städtischem Eigentum errichtet werden sollen. Dabei handelt es sich um Teilflächen in den nachfolgenden Straßen: Kaolinstraße, Südstadtring, Brandbergweg und Ottostraße. Allerdings gäbe es Einwände zum vorgeschlagenen Standort Südstadtring, weil dieser zu nah an der Wohnbebauung sei. Hier werde noch nach Alternativen gesucht.

**Herr Wehrich** wollte wissen, ob bei der Aufstellung von Sendeanlagen eine Bürgerbeteiligung erfolge.

**Frau Förster** informierte über das Prozedere. Grundsätzlich sei es so, dass die Mobilfunkbetreiber an die Stadt heran treten und den Bedarf mitteilen würden. Ist ein Gebäude für das Anbringen eines Sendemastes geeignet, könne dieses genutzt werden. Wenn das nicht der Fall sei, müsse die Stadt die Mobilfunkbetreiber bitten, einen mobilen Mast zu errichten. Standorte seien planungsrechtlich abzu prüfen. Antennen auf Gebäude zu errichten, seien Ausnahmen. Mobilfunkmasten können eine Höhe bis 10 m haben. Reine Mastenstandorte seien genehmigungspflichtig. Es sei zu prüfen, in wie weit sie tatsächlich im Baugebiet errichtet werden sollen. Ferner seien die Art und das Maß der Masteneinrichtung ausschlaggebend. Bei der Beantragung durch die Mobilfunkbetreiber seien die Belange der Stadtplanung und des Umweltamtes zu beachten. Im Vorfeld werde die baurechtliche Genehmigung abgeprüft. Die Beteiligung der Bürger sei nicht vorgeschrieben.

**Frau Kaap** äußerte, dass das Netz von T-Mobile weitestgehend abgeschlossen sei. Allerdings würden teilweise Mietverträge ablaufen. Alternativ werde nach neuen Standorten gesucht. Es werde aber kein flächendeckender Ausbau erfolgen.

Zum Vorschlag von **Herrn Wehrich**, Anfang des Jahres 2008 wieder eine gemeinsame Ausschusssitzung durchzuführen und nach Vorliegen der Forschungsergebnisse diese in einer öffentlichen Bürgerversammlung auszuwerten, gab es von den Anwesenden keine Einwände.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten

Eberhard Doege  
Beigeordneter

Gudrun Beitz  
Protokollantin